

**(Bezirksvorstand)**

**Vertreibung und Genozid an den Rohingya in Myanmar verhindern**

Die SPD begrüßt, dass nach monatelangem Widerstand Myanmars, seit Ende April eine Delegation des UNO Sicherheitsrates endlich Zugang in die Rohingyagebiete in der Region Rakhine bekommt und die Flüchtlingslager in Bangladesch besichtigt hat. Die SPD erwartet, dass die Forderungen des UN-Sicherheitsrates (Rechtsstaatlichkeit herstellen, Menschenrechte achten) umgesetzt werden.

Die SPD ist entsetzt, dass gleichzeitig im nördlichen Landesteil Myanmars, in der Region Kachin, ethnische Konflikte wieder ausgebrochen und seit Jahresbeginn 15.000 Menschen geflohen sind. Bisher leben schon 90.000 Menschen als Binnenflüchtlinge in Lagern.

Die SPD fordert unmittelbar Nothilfe zu organisieren für die vom Monsunregen in Bangladesch bedrohten Flüchtlingscamps, da sonst unabsehbare humanitäre Katastrophen drohen.

Die SPD wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Verbrechen an den Rohingya, das Morden und die Vergewaltigung von Frauen und Kindern, das Brandschatzen und die Vertreibung durch das Militär und militante Buddhisten beendet und eine freiwillige, sichere und würdige Rückkehr der Vertriebenen ermöglicht wird.“

Seit 25. August 2017 ist etwa die Hälfte der Rohingyabevölkerung (ca. 700.000 Männer, Frauen und Kinder) aus Myanmar vertrieben worden. Sie leben unter unmenschlichen Umständen in Bangladesch. Die in Myanmar verbliebenen Rohingyas leben unter ständiger Gefahr in ihren Dörfern, bedroht, vergewaltigt, vertrieben oder ermordet zu werden. Oder sie leben in gefängnisartigen Camps. Sie haben keinen Zugang zu Hilfs-lieferungen.

Die SPD fordert:

1. Internationale Hilfe für die Vertriebenen muss im ausreichenden Maße gewährleistet werden. Bangladesch ist selbst ein armes Land und darf nicht allein gelassen werden.
2. Vollen, ungehinderten Zugang der UNO und internationaler Hilfsorganisationen zu den von Rohingya bewohnten Gebieten in Myanmar.
3. Unterstützung der Untersuchungskommission des UNO Sicherheitsrates durch die EU und die Veröffentlichung der unterdrückten UNO und World Food Programme Berichte über die Situation der Rohingya.
4. Die internationale Staatengemeinschaft muss weiterhin Druck auf die Regierung von Aung San Suu Kyi ausüben, die Verfolgung der Rohingya zu beenden, dazu gehört auch, zu prüfen, welche EU-Sanktionen aufrechterhalten werden sollen.
5. Garantien durch die UNO für die Sicherheit bei der Rückkehr der Rohingya, abgesichert und begleitet durch internationale Organisationen und eine UN-Blauhelmmission.
6. .Rückgabe des Landbesitzes an die Rohingya, Wiederaufbau der Dörfer und Städte, Entschädigung für die Opfer
7. Verleihung der Staatsangehörigkeit für die Rohingya mit allen bürgerlichen und sozialen Rechten wie in dem Bericht der von Kofi Annan geleiteten und von Aung San Suu Kyi eingesetzten „Advisory Commission on Rakhine State“ vorgeschlagen
8. Bewegungsfreiheit für die in Camps lebenden Binnenflüchtlinge und Repatriierung der im Niemandsland zwischen Myanmar und Bangladesch lebenden Flüchtlinge
9. dauerhafte Unterstützung für den Rechtsstaatsaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung in Myanmar durch die internationale Staatengemeinschaft mithilfe internationaler Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen, um im ganzen Land Stabilität zu schaffen
10. Einleitung eines Versöhnungsprozesses mit Vertrauensbildung mithilfe internationaler Mediatoren internationaler Mediatoren

11. Ende der Straflosigkeit durch Verurteilung der Verbrecher

12. Prüfung, ob eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof hilfreich ist